



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

8. Sitzung vom 31. Mai 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 20.55 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Andrea Alt, Hubert Steffen, Bettina Wölnerhanssen

Verspätet:

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger und die Verwaltungsmitarbeitenden Linda Gerstner, Sascha Buser und Tobias Singer sowie Rolf Zenklusen von den Medien. Der Präsident geht davon aus, dass die heutige Sitzung etwas kürzer ausfallen wird. Er weiss nicht, ob die Vorhänge aus diesem Grund geschlossen wurden, um eine etwas dunklere Stimmung zu erzeugen und gefühlsmässig das Tempo zu dämpfen, damit die Sitzung doch nicht allzu früh endet. Denn die Anwesenden werden im Baselbieter erst in ca. einer Stunde empfangen. Man wird es sehen.

Der Rat tagt heute wieder unter Corona-Regeln und soweit es der Redner sehen kann immer noch mit reduziertem Mikrofonbestand. Offensichtlich ist die Auslieferung nicht ganz so schnell erfolgt wie erhofft. Es gibt daher wieder ein Rednerpult. Zudem bleibt heute genügend Zeit, um gemütlich nach vorne zu kommen und Voten zu halten, falls man nicht über ein eigenes Tischmikrofon verfügt. Dafür dankt der Präsident bereits jetzt herzlich.

Entschuldigt sind Bettina Wölnerhanssen, Grüne, Hubert Steffen, SVP, und Andrea Alt, CVP. Somit sind 37 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 19.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Präsident Stephan Appenzeller, SP informiert, dass kurz vor der Sitzung ein weiterer Vorstoss eingereicht wurde. Damit liegen heute vier neue Vorstösse vor.

Nr. 57, Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff- / Plastiksammlung

Karin Glaser, Grüne legt dar, ihre Fraktion habe das Anliegen vor genau vier Jahren schon einmal eingebracht. Damals wurde es leider abgelehnt. In der Zwischenzeit läuft die Plastiksammlung in Allschwil offensichtlich blendend gut, wie sie vernehmen konnten. Reinach hat ebenfalls eine Sammlung eingeführt. Die Grünen finden, es sei an der Zeit, dass auch in Binningen etwas vorwärts gehe. Zudem werden sie von vielen Personen darauf angesprochen, wieso es in Binningen keine Plastiksammlung gibt. Deswegen hat sich die Fraktion entschieden, nochmals einen Vorstoss einzureichen in der Hoffnung, dass hier etwas voran geht.

Nr. 58, Anfrage B. Fankhauser, SVP: Sicherheit Pausenplatz Neusatzschulhaus

Die Anfrage wird am Ende der Sitzung durch den Gemeinderat mündlich beantwortet.

Nr. 60, Motion R. Oberli, SVP: Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP erklärt, hier handle es sich um eine Korrektur der vermailten Unterlagen. Die Motion von Roman Oberli mit der Geschäfts-Nr. 59 wurde zurückgezogen. Anstelle dieses Vorstosses wurde inhaltlich gleichlautend der Vorstoss Nr. 60 von Roman Oberli als Antrag auf Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats eingereicht. Der Grund, weshalb es sich nicht um eine Motion sondern um einen Antrag handelt, liegt in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats begründet. Wenn man an dieser etwas ändern möchte, dann ist dies direkt dem Rat zu beantragen. Befürwortet der Rat den Änderungsvorschlag, geht dieser ans Büro oder allenfalls an eine Spezialkommission zur Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags. Es sei denn, es handelt sich im Antrag um einen fertig ausformulierten Passus, der in die Geschäftsordnung zu integrieren ist. Das Instrument der Motion beauftragt den Gemeinderat zu einer Handlung. Die Geschäftsordnung des Einwohnerrats bearbeitet und ändert das Parlament selbst, wenn dies gewünscht wird.

Nr. 61, Interfraktionelles Postulat: Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 03.05.2021	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.04.2021 Auswertung Kinder- und Jugendpolitisches Konzept Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	56
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.03.2021 Interfraktionelles Postulat: Spiesshöfli – Zukunft des Werkhofareals Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	34
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.04.2021 Postulat H. Steffen, SVP: Öffentlichkeitsarbeit und externe Beraterkosten Geschäftskreisführung: Mike Keller	43
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.05.2021 Interpellation St. Siegel, SVP: Meinungs- und Informationsfreiheit Geschäftskreisführung: Mike Keller	40
6. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 03.05.2021

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, Thomas Hafner habe einen kleinen Korrekturwunsch zu seinem Votum auf Seite 11, Zeile 7. Anstelle von «[...] kann sich die Fraktion den Werkhof wieder am alten Standort vorstellen.» sollte es präzisierend heissen «[...] am geplanten Standort [...]».

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird mit einer Änderung genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 56

Auswertung Kinder- und Jugendpolitisches Konzept

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Anina Weber, SP dankt namens der SP-Fraktion für den ausführlichen und informativen Bericht. Er zeugt von einer sehr grossen Arbeit, die dahintersteckt und in diesem wichtigen Bereich «Kinder- und Jugendpolitik» geleistet wird. Die Partei möchte, obwohl es eine reine Kenntnisnahme ist, trotzdem die Gelegenheit nutzen, auf einzelne Punkte einzugehen. Mit Freude haben sie zur Kenntnis genommen, dass sehr viel gut läuft. Die Kinder- und Jugendbeauftragte ist u.a. im Bereich Freizeit und Förderung sehr aktiv. Dort laufen tolle Projekte. Es haben keine Kürzungen stattgefunden und es wurden auch keine Angebote abgeschafft. Zudem hat kürzlich die neue Mitarbeiterin der aufsuchenden Jugendarbeit, die sich im Binner Anzeiger vorgestellt hat, ihre Tätigkeit aufgenommen. Das findet die Fraktion super. Es wird auch von einer hohen Qualität der Institutionen im Bereich familien- und schulergänzende Kinderbetreuung berichtet. Was die SP ebenfalls positiv hervorheben möchte, ist die Einführung eines Jugendparlaments.

Die Fraktion sieht für die Zukunft aber auch noch Handlungsbedarf, insbesondere bei den folgenden Punkten: Im Bereich Frühförderung wird das Risiko der Abhängigkeit von ehrenamtlicher Arbeit oder von der Anstellung mit niedrigen Löhnen und Pensen erwähnt. Was ist dort der Plan B? Ihrer Meinung nach ist es ein zu wichtiges Thema, als dass man nach dem Prinzip Hoffnung operieren könnte. Es gibt bereits heute Wartelisten bei den einzelnen Angeboten. Man kann es sich also nicht leisten, dort wichtiges Personal zu verlieren. Im Bereich der Kinderbetreuung ist es der SP ebenfalls ein Anliegen, nochmals darauf hinzuweisen, dass es keine Armutsfalle sein darf und dass Kinderbetreuung für alle finanzierbar sein muss. Baselland ist hier im schweizweiten Vergleich extrem teuer. Die SP Baselland hat letzten Samstag erfolgreich Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt, die dort eine Verbesserung erreichen möchte und ist auf grosses Interesse gestossen. Die Fraktion hat ausserdem zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde Binningen in diesem Bereich nicht sehr viel unternimmt. Ausser der frühen Sprachförderung sind keine weiteren Fördermöglichkeiten vorgesehen. Das wird den Betreuungsangeboten überlassen. Dies bedauert die SP. Sie würde sich wünschen, dass dort mehr gemacht werden würde. Bei der schulischen Betreuung / Mittagstisch / Nachmittagsbetreuung gibt es ebenfalls Handlungsbedarf. Es gibt nicht genügend Plätze. Es gibt Wartelisten und Kinder werden in andere Schulhäuser verschoben, was unschön ist.

Bei den jungen Erwachsenen wird explizit erwähnt, dass das Beratungsangebot nicht genügend ist. Aus Sicht der Fraktion ist dies eine sehr wichtige Zielgruppe, bei welcher gerade in Zeiten von Corona ein gutes Beratungsangebot vorhanden sein muss. Es beginnt die Lehrstellensuche etc. Wenn man dort Chancen verpasst, hat es langfristige Auswirkungen auch auf die Gemeinde. Im Bereich Kinder- und Jugendpartizipation sollten ihrer Ansicht nach auch Kinder frühzeitig abgeholt werden, was im Moment nicht vorgesehen ist. Es gibt kein politisches Mitwirkungsgefäss für Kinder. Dies wäre aber wichtig. Zum Thema Vernetzung und Koordination schreibt die Kinder- und Jugendbeauftragte, dass heute schon sehr viel gut laufe. Dies begrüsst die SP. Die Kinder- und Jugendbeauftragte sieht aber auch noch Handlungsbedarf, was die Fraktion unterstützen möchte. Z.B. bei der Vernetzung der Profitorganisationen, also auch Kitas, beim Thema Partizipation, wo es gemäss Bericht abteilungsübergreifende Ressourcen in der Gemeindeverwaltung bräuchte – noch mehr, als dies jetzt schon der Fall ist – oder bei ihrem Bestreben, alle Bereiche der Gemeindeverwaltung abzudecken. Last but not least: Beim Thema Kommunikation sieht die Fraktion, dass die bisherigen Anstrengungen, die bereits sehr gut sind (z.B. die Übersicht auf der Gemeindefachseite), noch fortgeführt und intensiviert werden müssen, damit die Angebote vor allem auch bei jenen bekannt sind, die sie am meisten brauchen. Die SP wünscht sich, dass Gemeinderat und Einwohnerrat die Rahmenbedingungen schaffen, um in den erwähnten Punkten noch weitere Erfolge erzielen zu können und dass die Bedingungen für Kinder und Jugendliche in Binningen laufend verbessert werden. Der Kinder- und Jugendbeauftragten und der neuen Mitarbeiterin der aufsuchenden Jugendarbeit wünschen sie weiterhin viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit und es würde sie freuen, wenn der Rat im 2023, wenn das Konzept überprüft wird, nochmals einen Bericht erhalten würde.

Beatrice Büschlen, Grüne möchte zuallererst namens ihrer Fraktion der Kinder- und Jugendbeauftragten Fabienne Plattner herzlich danken für den ausführlichen und transparenten Bericht, den sie wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Sie gratulieren ihr und ihrem Team zur grossen Arbeit, die sie in den letzten beiden Jahren geleistet haben. Das Konzept ist kein Papiertiger geblieben wie das alte, sondern wurde mit Leben gefüllt. Es finden Weiterbildungen für die verschiedenen Akteure im Kinder- und Jugendbereich statt und bei der Kinder- und Jugendpartizipation ist man auch endlich viel weiter als zuvor. Die Grünen freuen sich auf weitere Mitwirkungsprojekte wie das Jugendparlament und die Mitwirkung bei der Gestaltung der Schulhaussanierungen und -neubauten. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Kinder und Jugendlichen sollten aber nicht nur von der Verwaltung, sondern auch von den Politikerinnen und Politikern ernst genommen werden und diese sollten ebenfalls schauen, wie sie die Umsetzung unterstützen könnten. Auch die noch zu planenden, generationsübergreifenden Projekte müssten eigentlich nicht neu erfunden werden. Sie könnten mit dem überarbeiteten Spielplatzkonzept kombiniert werden wie z.B. im Schützenmattpark in Basel oder im Intergenerationsprojekt der Stiftung Hopp-la.

Was die Kinder- und Jugendbeauftragte nicht direkt lösen kann, sind die inakzeptablen Wartelisten teilweise bei der frühen Förderung und vor allem beim Mittagstisch. Im Prinzip ist das Leitziel im Bereich Kinderbetreuung weit von der Realität entfernt. Die Betreuungszahlen im Vorschulbereich sind weiter rückläufig. Warum? Das kann der Gemeinderat nicht beantworten. Der lokale Bedarf an Tagesfamilien bzw. Mittagstischfamilien wird explizit nicht erhoben. Beim Mittagstisch in mehreren Primarschulhäusern wäre der Bedarf ganz sicher vorhanden, sonst gäbe es keine Warteliste. Die Sommerferien sind im Anmarsch. Vielleicht wäre dies ein idealer Zeitpunkt, diesen Bedarf einmal zu erheben. Vor 20 Jahren gab es eine Vermittlungsstelle, die auch in den Kindergärten und Schulklassen nach Tages- und Mittagstischfamilien gesucht und diese vermittelt hat. Weil es doch noch ein paar Jahre dauert bis der Engpass in den Schulen aufgelöst wird, sollte aktiv nach Mittagstischfamilien im Umkreis der Schulen gesucht werden. Grundsätzlich sollten alle Familien Zugang zu familien- und schulergänzenden Angeboten haben. Dann kann es aber nicht sein, dass bei schwierigem Betreuungsbedarf keine Ideen vorhanden sind. Auch hier wären Tagesfamilien hilfreich, aber die aktive Suche müsste halt wieder aktiviert werden. Wer den Armutsbericht gelesen hat weiss, dass die Konsequenzen von Armut und Armutsgefährdung bis ins Pensionsalter zu spüren sind und die Steuerzahler die finanziellen Defizite, betroffenen sind vor allem Frauen, über Zusatzbeiträge bei der AHV wieder ausgleichen müssen. Den Grünen sind noch viele weitere offene Punkte aufgefallen. Vor allem im Bereich kommunale Planung, Koordination und Vernetzung

gebe es noch viel zu tun. Hier muss angepackt werden. Die Fraktion wünscht Fabienne Plattner alles Gute für ihre Mutterschaft und freut sich auf neue tolle Projekte zugunsten unserer jungen Einwohner.

Rahel Amacker, CVP spricht dem Gemeinderat namens der CVP/glp ihren Dank für den Erfahrungsbericht zum Kinder- und Jugendpolitischen Konzept aus. Darin wird aufgezeigt, wie das Konzept bislang umgesetzt wurde und welche Erfahrungen gesammelt werden konnten. Das Angebot im Bereich Kind, Jugend und Familie ist vielfältig. Allgemein sollen die Angebote qualitativ hochstehend, bekannt und für alle zugänglich sein. Eine strukturierte Planung und Koordinierung sind wünschenswert. Es ist wichtig, dass sich die Bevölkerung möglichst einfach einen Überblick über die Beratungs- und Unterstützungsangebote verschaffen kann. Eine gute Massnahme, um dies zu erreichen, ist eine übersichtliche Darstellung aller Angebote auf der Webseite der Gemeinde. Die aktuellen Lücken in der Auflistung sollen daher unbedingt geschlossen werden. Eine Herausforderung, die im Bericht mehrmals genannt wurde, stellt die Erreichung von spezifischen Zielgruppen dar. Es ist zentral, dort nach Lösungen zu suchen, um diese Zielgruppen besser zu erreichen. Die Fraktion findet es sehr gut, dass in diesem Jahr eine zusätzliche Weiterbildung zum Thema «psychische Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche» durchgeführt wird. Die Pandemie hatte und hat nach wie vor teilweise enormen Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen. Es ist wichtig, dass ihre Sorgen und Anliegen in dieser Krise berücksichtigt und ernst genommen werden. Die diversen Angebote in der Gemeinde können dazu einen bedeutenden Beitrag leisten.

Peter Frauchiger, FDP möchte sich vorab für den ausführlichen und ebenso aussagekräftigen Bericht zur Kenntnisnahme bedanken. Er erlaubt sich namens seiner Fraktion einige Anmerkungen. Administrativ ist er beeindruckt von der Zeitspanne der initialen Motion von Alt-Einwohnerrätin Erika Bättig aus dem Jahr 2011 mit den Meilensteinen Dezember 2017 für die Fertigstellung und dem effektiven Umsetzungsstart im März 2019. Offensichtlich, so seine Deutung, war die Vorgängerversion sehr gut und der Erneuerungsdruck eher klein. Zum Inhalt und somit zu den Erfahrungen der letzten beiden Jahre: Die Aufgabe scheint und ist wohl sehr komplex und es sind viele verschiedene Stakeholder und zugleich Verantwortungsstellen involviert. Dabei steht die Installation einer Kinder- und Jugendbeauftragten als Koordinationsstelle im Zentrum der bisherigen erfolgreichen Weiterentwicklung. Gemäss Bericht war neben der Qualität die Kommunikation im Pflichtenheft und somit im Fokus der Bemühungen. Diese Zielsetzungen scheinen erfüllt zu sein, was die FDP sehr freut. Dabei empfindet sie den Kontakt zum zuständigen Gemeinderatsmitglied als sehr wichtig und zählt darauf, dass dieser auch in Zukunft bestehen bleibt. In den einzelnen Bereichen, über welche der Erfahrungsbericht Rechenschaft ablegt, liest die Fraktion entlang der langfristigen Leitziele zahlreiche positive Entwicklungen. Es fällt sehr positiv auf, dass es über alle Bereiche zu keinen Angebotskürzungen kam. Drei Punkte sollen abschliessend für das Protokoll auf den weiteren Weg mitgegeben werden. Zum einen die Thematik Lückenkinder, 10 – 12-Jährige, und ihr Platz im öffentlichen Raum, zum anderen die Interessensvermittlung für die Politik, welche wohl noch ausbaufähig ist und letztlich der offensichtliche Umstand im Schulhaus Mühlematt, wo der Mittagstisch und/oder die Nachmittagsbetreuung aus Kapazitätsgründen nicht immer gewährleistet werden kann. Die FDP dankt und wünscht allen weiterhin viel Erfolg bei diesem sehr wichtigen Thema für unsere gemeinsame Zukunft in Binningen.

Roman Oberli, SVP kann sich kurz fassen. Die SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erstellung des Berichts und nimmt diesen zur Kenntnis. Ihnen stellt sich dabei allerdings eine Frage: Wie wird der Erfolg des Konzepts gemessen? 2023 soll das Kinder- und Jugendpolitische Konzept inhaltlich überprüft werden. Anhand welcher Kriterien wird dies geschehen?

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP möchte sich im Namen des Gemeinderats bedanken, dass der Bericht so positiv aufgenommen und diverse Anmerkungen für die Zukunft gemacht wurden. Er hat versucht, alles aufzudatieren und wird sich sicherlich damit befassen. Es ging relativ langsam voran. Das hat aber nichts damit zu tun, dass die Beteiligten zu faul wären. Es brauchte einfach seine Zeit, bis die richtigen und fähigen Leute gefunden wurden und vor allem auch, bis der Einwohnerrat die Erhöhung

der Stellenprozente in diesem Bereich bewilligt hat, damit das Ganze überhaupt gestartet werden konnte. Er ist froh, dass man heute so gute Leute hat. Zudem besteht eine sehr gute Zusammenarbeit mit Bottmingen. Das darf nicht vergessen werden und deswegen ging auch ziemlich viel voran. Zum Thema Pandemie möchte der Redner noch einen Punkt anmerken. Die Jugendarbeiter haben sich speziell im Jugendhaus viel einfallen lassen. Von Workshops bis zu digitalen Geschichten. Es hat sich aber erwiesen, dass dies erstens ein Riesenaufwand war und zweitens von den Jugendlichen gar nicht so geschätzt wurde. Das heisst, es wurde schon geschätzt, aber man ging auf Distanz. Man kam gar nicht an die jungen Leute ran. Sie kamen ins Jugendhaus, haben sich in eine Ecke gesetzt und sich dort mit ihren Mobiltelefonen beschäftigt, wie es nun mal so ist. Die Jugendarbeiter haben ihm berichtet, dass es in dieser Zeit enorm schwierig war, an die Jugendlichen ranzukommen und dass sie den Kontakt, den man sonst im normalen Umfeld im direkten Gespräch pflegen kann, sehr vermissen. Der zuständige Gemeinderat hofft, dass dies nun langsam zu einem Ende kommt und man mit den Jugendlichen wieder normal entsprechende Arbeit leisten kann.

Es wurden diverse runde Tische eingeführt über die Schulen, die Polizei usw., die involviert sind, damit man bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder mehr Präventionsarbeit leisten kann. Die Hotspots sind allen bekannt. Man liest es ja oft genug. Der Votant hat das Gefühl, hier sei man auf einem guten Weg, dass man über die Jugendarbeiter präventiv Einfluss nehmen kann. Es gibt auch noch weitere Themen. Es wurde ein Vorstoss bzgl. Jugendhaus eingereicht. Hier gibt es noch eine Antwort. Das Thema beschäftigt den Gemeinderat natürlich und auch dort wird sehr viel im Leimental geschaut, was man verbessern könnte. Kann man es, falls notwendig, mit einer anderen Gemeinde gemeinsam machen? Am nächsten ist in diesem Fall immer die Gemeinde Bottmingen. Gegen hinten im Leimental wird es schwieriger, da andere Bedürfnisse vorhanden sind oder in gewissen Bereichen gar kein Bedürfnis. Dort wird eher eine Querverbindung gesucht, wie in anderen Zusammenarbeiten auch. Der Redner dankt den Anwesenden ganz herzlich für alle Inputs. Er gibt sie gerne weiter und wird auch ein entsprechendes Protokoll über die gemachten Äusserungen verfassen. Dann kann sicher positiv in die Zukunft geschaut werden.

Luzi Jehle, SP stellt fest, das Konzept zeige, die Jugend braucht Raum. Sie braucht mehr Raum, insbesondere auch um sie besser zu erreichen. Dazu ein aktuelles Beispiel: Im Konzept auf Seite 6 wird auf den Bedarf an weiteren dezentralen Räumen für das Jugendhaus hingewiesen. Voraussichtlich im Jahr 2024 muss das Jugendhaus nach heutigem Kenntnisstand aber weichen. Es ist hier ganz wichtig, eine nahtlose Anschlusslösung zu finden. Der Konflikt muss jetzt angegangen werden und nicht erst, wenn die Bagger auffahren. Das Jugendhaus hat eine zentrale Bedeutung in der Arbeit für und mit den Jugendlichen und Kindern. Auch die schulische Betreuung als Beispiel kämpft mit räumlichen Engpässen und verwendet bereits Räume im Jugendhaus. Was passiert nach 2024? Der Redner ist gespannt auf die Antworten und Lösungen. Es braucht den raumschaffenden Schulcampus Dorf ganz dringend.

Marc Schinzel, FDP ist der Ansicht, der Bericht sei eine sehr gute Auslegeordnung. Das wurde festgestellt und von allen Fraktionen erwähnt. Ihm ist noch ein Punkt wichtig. Es gibt hier im Rat ganz viele Ideen. Manchmal besteht dabei die Gefahr, dass man den Jugendlichen die eigenen Ideen von Jugendpolitik aufkotzen möchte. Er möchte dies niemandem unterstellen, aber man verfällt vielleicht in einen gewissen Aktivismus und dabei besteht die Gefahr, dass dies passieren könnte. Jeder hat seine Vorstellung, was gute Jugendpolitik ist. Letztlich sind es aber gleichwohl die Jugendlichen und Kinder selbst, die mit Füßen, Händen oder dem Kopf abstimmen, was sie am liebsten machen. Man sollte immer bedenken, dass die Politik zwar einen guten Rahmen schaffen kann, aber letztlich entscheiden die Jugendlichen selbst, wo, was und wie sie es machen möchten. Dies sollte man im Hinterkopf behalten und nicht meinen, man könne alles vorgeben oder zu fest in den Strukturen zementieren.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP hat die Anregungen aufgenommen und wird sie sich anschauen. Er möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Er hat viel gehört auch zum Thema Mittagstisch, Mittagsbetreuung usw. Hier muss berücksichtigt werden, dass dies ressortübergreifend ist. Primär ist die Schule

involviert. Die Sozialdienste sind involviert, usw. Nur ein Teil ist bei ihm angesiedelt. Ein Austausch findet bereits statt. Es gibt z.B. das Familienzentrum. Der einzige Teil, der dort in seinem Ressort angesiedelt ist, ist die Ludothek und an der Hauptstrasse die Bibliothek. Natürlich findet dort ein reger Austausch statt, was in Binningen alles läuft, wo man sich den Kindern annimmt und was man in den Schulen macht. Andere Punkte sind bei seinen Gemeinderatskolleginnen und –kollegen angesiedelt und müssen dort vertieft behandelt werden. Die sprachliche Frühförderung ist ein Teil. Hier spricht man ebenfalls von einer partizipativen Beteiligung und Frühförderung. Das ist dann wieder ein anderer Teil. Auch die Jugendarbeiter müssen dies trennen können, damit nicht alles doppelt und dreifach gemacht wird. Er möchte darum bitten, den Blick etwas zu erweitern und sich bewusst zu sein, dass es über viele verschiedene Bereiche zusammenpassen muss.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt den Erfahrungsbericht zum Kinder- und Jugendpolitischen Konzept zur Kenntnis.

Traktandum 3

Nr. 34

Interfraktionelles Postulat: Spiesshöfli – Zukunft des Werkhofareals

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP führt aus, die SP-Fraktion sei hoch erfreut, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Auch hier handelt es sich um Raum, wie schon im Traktandum davor. Der Raum ist im Moment das Thema in Binningen. Beim Spiesshöfli und beim Werkhofareal handelt es sich um wichtige Flächen für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Binningen. Daher ist es auch ausgesprochen wichtig, dass in Varianten und Szenarien gedacht werden kann, um den Raum zu nutzen und dass diese Ideen, Szenarien und Varianten in die Quartierplanung einfließen können. Vielleicht wäre es an dieser Stelle interessant und sie möchte den Gemeinderat dazu einladen, dem Rat den Stand der Planung zu umreissen, damit man sich eine Idee davon machen kann, wie es im Moment aussieht, resp. auch ein paar Worte darüber zu verlieren, was man sich in einer zukünftigen Spiesshöfli-Vorlage so ungefähr vorstellen kann. Die SP unterstützt die Überweisung des Postulats.

Thomas Schwarb, Grüne erläutert, die Fraktion Grüne/EVP spreche sich natürlich auch für eine Überweisung aus. Momentan ist viel offen. Man weiss, der neue Werkhof ist umstritten. Trotzdem hält die Fraktion die planerischen Arbeiten für sehr wichtig, umso wichtiger sogar. Ein Aspekt, der hier nicht so deutlich zum Tragen kommt, liegt den Grünen/EVP noch am Herzen. Die Trennung der Dorfhälften im Tal durch das Tram. Das Spiesshöfli ist vielleicht gerade exemplarisch dafür, dass man hier nach Lösungen sucht, die die lange Trennung nicht so dicht machen, wie sie heute ist, und schon gar nicht noch unterstützen. Das hat auch Folgen für die Strassen links und rechts vom Tram.

Jürg Blaser, SVP signalisiert, die SVP sei gegen die Überweisung dieses Postulats. Der Gemeinderat führt bereits ein separates Studienverfahren bezüglich der zukünftigen Verwendung des Spiesshöfli-Areals

einschliesslich Werkhof durch. Darin werden alle Anliegen der Postulanten aufgenommen. Aus diesem Grund ist das Postulat aus Sicht der Fraktion nicht mehr zielführend.

Daniel Setz, FDP informiert, die FDP werde der Überweisung des Postulats zustimmen und erwarte mit Interesse den Bericht des Gemeinderats inkl. durchgeführter Studie. Die Fraktion fragt sich und würde gerne einige Worte dazu hören, weshalb dies bereits im April 2019 versprochen wurde und jetzt zwei Jahre später immer noch kein klares Datum vorliegt, wann die Vorlage kommen wird. Ein anderes Thema möchte er nur kurz anschnitten. In einem Postulat kann nicht wirklich eine Vorlage verlangt werden, wie es hier ausdrücklich geschrieben steht. Es geht mehr um «prüfen und berichten».

Thomas Hafner, CVP bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Die CVP/glp folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat überweisen. Der Vorstoss hat das Ziel, aktuelle Informationen zum Stand der Arealentwicklung zu erhalten und dies ist auch in ihrem Sinn. Sie warten mit Spannung auf das zurzeit in Bearbeitung befindliche Geschäft, welches der Gemeinderat in Kürze vorstellen möchte. Auch auf die zukünftige terminliche Vorstellung des Gemeinderats ist die Fraktion gespannt, dies auch im Ausblick zum bestehenden und neuen Werkhof. Vielleicht kann der Gemeinderat noch eine Frage beantworten, sofern er dies darf. Kann dem Einwohnerrat mitgeteilt werden, ob zum heutigen Zeitpunkt bereits alle für die Tramdoppelspur notwendigen Grundstücke und Liegenschaften im Besitz des Kantons oder der BLT sind? Es wurde vorgängig ja von möglichen Enteignungen gesprochen. Die CVP/glp wäre dankbar, hier eine Antwort zu erhalten.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP gesteht, man sei wirklich in Verzug. Es wurde von der FDP erwähnt. Das begann schon ganz früh. Zuerst hat der Kanton ein Verkehrsprojekt entwickelt und die Gemeinde kam fast nicht hinein, um eine Planung zu starten. Als endlich eine Planung im Studienverfahren gestartet werden konnte, war man froh, dass man dank der Werkhofparzelle überhaupt bei diesem Studienverfahren mitmachen durfte. Sonst wäre die Gemeinde gar nicht bei dieser Arealentwicklung dabei gewesen. Die BLT wird voraussichtlich Ende 2022, spätestens Anfang 2023 mit der Realisierung beginnen. Das heisst, dass die Häuserzeile dann abgebrochen und es eine grosse Baustelle in Binningen geben wird. Man ist es ja gewohnt, an verschiedenen Orten in Binningen Baustellen zu haben. Es wäre aber gut, wenn man bereits jetzt wüsste, was man dort wie bauen könnte. Der Gemeinderat hat Ende letzten Jahres eine Planungszone erwirkt, die auf fünf Jahre fixiert ist. Das heisst, niemand kann einfach mit dem Bauen beginnen. In dieser Phase ist es wichtig, dass man in ein Quartierplanverfahren geht und festlegt, wie man dort bauen kann. Das Wichtigste ist die Erschliessung. Wie kommt man auf das Grundstück? Im Moment ist im Projekt der BLT eine Erschliessungsstrasse parallel zum Tramtrasse geplant, fünf Meter breit. Wenn die Gemeinde nicht vorwärts macht, wird die Strasse eins zu eins so gebaut und die Gemeinde darf sie dann übernehmen, obwohl sie sie eigentlich gar nicht will. Daher ist die Werkhofparzelle eminent wichtig für die Entwicklung des Spiesshöfli, weil man dadurch seitlichen Zugang zum Spiesshöfli-Areal hat. Wenn die Werkhofparzelle nicht ins Spiel gebracht werden kann, muss man anfangen zu zaubern, um allenfalls eine Erschliessung via Brückenstrasse oder Gorenmattstrasse zu ermöglichen. Am Ende ist alles möglich, es ist dann einfach sehr einschränkend.

Ob schon alle Häuser enteignet wurden, kann der Votant nicht beantworten. Der Kanton ist diesbezüglich im Lead. Er geht davon aus, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde, denn die Verfahren waren noch am Laufen. Sein letzter Stand ist, dass es noch nicht erledigt ist. Die BLT und der Kanton sind aber zuversichtlich, dass sie das erreichen können, denn es ist eine Bahnstrecke und dort ist eine Enteignung möglich. Man ist leider auch in Verzug bzgl. des Studienverfahrens. Es konnte ausgelöst werden und es lag eigentlich ein Ergebnis auf dem Tisch. Aber gerade aufgrund der Erschliessung wurde man etwas zurückgeworfen. Verschiedene Erschliessungskonzepte mussten aufgezeigt werden. Alle Grundeigentümer mussten diese zur Kenntnis nehmen und entscheiden, in welche Richtung sie gehen möchten. Es geht ausschliesslich um die Parkierung nach geltendem Recht. Man ging nicht davon aus, eine autofreie Siedlung bauen zu können – das wäre an diesem Standort am einfachsten –, sondern

nach geltendem Recht eine Parkierung zu ermöglichen. Man kam zumindest im Studienverfahren zum Schluss, dass sich die Werkhofparzelle für die Parkierung eignen würde.

Der Gemeinderat wird erst im August mit dem Geschäft, also mit dem Abschluss des Studienverfahrens und dem Einwohnerratsgeschäft, in den Rat kommen. Der Redner wäre gerne bereits vor den Sommerferien damit gekommen, aber es reicht nicht. Es dauerte relativ lang mit der Erschliessung. Zudem hatte ein Eigentümer Verkaufsabsichten, die das Ganze ebenfalls etwas zurückgeworfen haben, sodass man noch nicht bereit ist. Ziel ist es, das Geschäft, in welchem die Anwesenden die Ergebnisse des Studienverfahrens erhalten, am 30. August in den Rat zu bringen. In diesem Studienverfahren geht es vor allem um die Bebauungsdichte. Im Quartierplan muss festgelegt werden, wie gross bebaut wird. Es gibt zwei Varianten. Eine ist bevorzugt, aber am Ende ist es auch der Einwohnerrat, der hier mitreden kann. Man könnte auch einfach einen schönen Park oder ganz viele Hochhäuser bauen. Die öffentliche Mitwirkung und das Parlament sind hier gefragt, dies weiterzuentwickeln. Das sind die wichtigsten Punkte. Der Entscheidung, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht, ist daher nicht matchentscheidend. Matchentscheidend sind das Werkhofprojekt und dass man bei der Arealentwicklung Spiesshöfli einen Mehrwert für die Gemeinde Binningen schaffen kann. Es ist ein ziemlich wichtiges Projekt in der Ortsplanung. Er hofft, dass der Rat dies am 30. August so aufnehmen kann.

Karin Müller, SP hat verschiedene Sachen gehört, u.a. auch einen Termin, den 30. August. Das findet sie ok. Sie hat aber auch Dinge gehört wie Parkplatz auf dem alten Werkhofareal und Erschliessungsstrasse. Das wäre nicht unbedingt ein Mehrwert für die Gemeinde. Es braucht wahrscheinlich Zeit, um solche Sachen im Einwohnerrat zu diskutieren. Was ist wirklich geplant? Wer plant was und wer baut was? Sie wäre daher froh, wenn das Geschäft Ende August auch wirklich kommen würde. Denn es ist schnell Ende 2022 und die BLT beginnt zu bauen.

Beatrice Büschlen, Grüne hätte auch eine Frage dazu. Das Geschäft soll Ende August in den Einwohnerrat kommen. Es wurde auch das Mitwirkungsverfahren angesprochen. Wird dieses vorher oder nachher stattfinden?

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, das Studienverfahren sei erst eine Idee, die man entwickelt hat. Es ist nicht eigentümerverbindlich. Es ist der Weg zu einer Quartierplanung. Die Quartierplanung wird erst nach dem August angestossen. Der Gemeinderat wird keinen fertigen Quartierplan im August vorlegen können. Es ist das Ergebnis des Studienverfahrens und innerhalb des Studienverfahrens hat man die Parkierung angeschaut. Das ist nicht in Stein gemeisselt. Es sind zwei Varianten. Im Rahmen des Quartierplanverfahrens muss man die Erschliessung nochmals genau anschauen und mit dem Kanton absprechen usw. Der Wunsch und das Ziel ist, das Ganze möglichst autoarm oder autofrei zu machen. Es liegt aber an der weiteren Planung, hier auch wirklich Nägel einzuschlagen.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 30 JA / 6 NEIN / 1 Enthaltung (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 4

Nr. 43

Postulat H. Steffen, SVP: Öffentlichkeitsarbeit und externe Beraterkosten

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Barbara Fankhauser, SVP äussert, die Antwort sei geschickt abgefasst und möchte die Komplexität der IT-Abteilung aufzeigen. Das ist dem Postulanten und auch der SVP-Fraktion bewusst. Trotzdem ist sie mit den Antworten nicht einverstanden. Man erwähnt, dass die externen Dienstleistungen in den Jahresrechnungen aufgezeigt werden. Was man aus dieser Darstellung nicht entnehmen kann ist, ob die Auslagen wirklich an externe Dienstleister vergeben werden müssen und nicht von der Verwaltung intern bearbeitet werden können. Dass die Komplexität in den letzten Jahren bei allen Geschäften zugenommen hat, ist sicher korrekt. Es würde aber an der Gemeinde liegen, diese Auswüchse wieder in einen normalen Rahmen herunterzufahren. Wenn man ein neues Gesetz beschliesst, sollten vielleicht zwei andere gestrichen werden. Die Komplexität ist zum Teil ganz bewusst angesteuert. Die Berater sollen wieder lukrative Aufträge erhalten. Es ist heutzutage Mode geworden, bei jedem noch so kleinen Sachverhalt Beraterdienstleistungen einzukaufen, um die eigene Verantwortung delegieren zu können. Was der Bericht aufzeigt und den Postulanten und die SVP beunruhigt, ist die Tatsache, dass sich die Gemeinde Binningen in eine Anhängigkeit von externen Beratern begibt. Das ist aus ihrer Sicht eine sehr gefährliche Entwicklung. Es gibt ein Problem, aber lösen sollen es die anderen. Warum die Experten mangels Mandatserfahrung wieder abspringen könnten, ist der Fraktion nicht ganz klar. Der Postulant Hubert Steffen ist ebenfalls in einer beratenden Funktion tätig und kann die Ansicht nicht ganz teilen. Angesprochen auf die IT-Abteilung wäre es vielleicht sinnvoll, Synergien mit den umliegenden Gemeinden zu suchen und zu finden. Gerade was den Bereich Online-Angebote angeht, wäre eine gemeinsame Lösung sicher sinnvoll. In diesem Sinn beantragt die SVP, dass das Postulat zur Nachbearbeitung nochmals an den Gemeinderat überwiesen wird, d.h. die Fraktion wird das Postulat nicht abschreiben.

Urs Hauri, Grüne erwähnt, seine Fraktion danke Hubert Steffen für das Postulat und dem Gemeinderat für die ausführliche und gute Beantwortung. Das Postulat nimmt einen wichtigen Punkt auf, nämlich die stetig steigenden Kosten für externe Dienstleistungen und Studien, bei denen sich die Grünen auch ab und zu fragen, ob dies wirklich alles notwendig ist. Auf der anderen Seite ist ihnen auch bewusst, und das zeigt die Antwort des Gemeinderats klar auf, dass man in allen Bereichen der Verwaltung immer mehr Wert auf detaillierte Abklärungen von Spezialisten legt. Auch die Einwohnerräte und Einwohnerinnen fordern mit ihren Vorstössen und Bedürfnissen durchaus immer wieder einmal eine externe Beratung heraus. Das kann in einer solch kleinen Gemeindeverwaltung – klein in Bezug auf die Grösse der einzelnen Abteilungen, die die Sachen bearbeiten – nicht bewältigt werden. Wichtig ist, dass die Mitarbeitenden das Wissen haben, wann sie Spezialisten zuziehen müssen, dass sie wissen, was die Spezialisten schreiben und die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Die Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Gemeinde bereits über ein Knowledge-Management verfügt und bestrebt ist, dieses weiter auszubauen. Sie gehen auch davon aus, dass man unter den Gemeinden miteinander redet und Wissen austauscht, wenn man ähnliche Fragestellungen hat. Die Grüne/EVP ist daher für Überweisung des Postulats und gleichzeitige Abschreibung.

Felix Gerber, glp teilt mit, die CVP/glp könne sich dem Votum von Urs Hauri anschliessen. Die Fraktion dankt für die Fragen, die sicher wichtig sind. Es eine Tatsache, dass die Beraterkosten ansteigen. Aber wie die Grüne-Fraktion sind sie zufrieden mit dem Weg, den die Gemeinde diesbezüglich einschlägt und auch mit den Antworten, die der Gemeinderat im Geschäft aufgezeigt hat. Es scheint dem Votanten etwas einfach, einfach zu fordern, die Komplexität solle reduziert werden. Er glaubt nicht, dass dies einfach so von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Die CVP/glp ist ebenfalls für Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Christoph Daniel Maier, FDP informiert, die FDP habe das Postulat und die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis genommen. Sie stellt fest, dass dies im Wesentlichen gut beantwortet wurde. Die Fraktion weist auch darauf hin, dass im Jahresbericht jeweils alles, bis zu den einzelnen Aufträgen, die an Dritte

gehen mit Name und Betrag, sehr ausführlich ausgewiesen wird und damit transparent ist. Die FDP spricht sich dafür aus, das Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

Karin Müller, SP signalisiert, auch die SP werde die beiden Anträge des Gemeinderats unterstützen und stimme für Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats. Es ist unbestritten, dass die Kosten für externe Beratungen und Dienstleistungen in den letzten Jahren merklich gestiegen sind. Aber die Erklärung des Gemeinderats am Beispiel der Informatik, warum die Gemeindeverwaltung diese Leistungen benötigt, wenn sie hochspezialisierte Expertinnen und Experten nicht alleine aufbauen und unterhalten kann, leuchtet der Fraktion ein. Der Gemeinderat rechnet auch in Zukunft damit, dass die externen Dienstleistungen zunehmen werden. Auch dies kann die SP aufgrund der Erklärungen nachvollziehen. Spezialisierung und Komplexität nehmen zu, das wurde auch schon gesagt und ist sicher so. Die Fraktion möchte festhalten, dass die externen Dienstleistungen und Spezialisten immer sehr gezielt eingekauft werden müssen, insbesondere auch in Hinblick auf Kosten und Nutzen. Ausserdem, und das wird ja bereits gemacht, müssen alle externen Mandate auch weiterhin transparent in der Rechnung ausgewiesen werden. In der Verwaltung existiert bereits ein Knowledge-Management und es gibt auch einen internen Wissenstransfer. Beides muss stetig ausgebaut und optimiert werden. Mit dem Überweisungsantrag zeigt sich der Gemeinderat dazu bereit.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich ganz herzlich für die gemachten Äusserungen zur Antwort des Gemeinderats. Er glaubt, man habe als Gemeinde immer drei Möglichkeiten. Möglichkeit 1: Ein Thema kommt auf die Gemeinde zu, bei welchem das Knowhow im bestehenden Team nicht vorhanden ist und es wird in Zukunft so viel Arbeit oder Leistung erfordern, dass man dazu jemanden rekrutieren und ins Team involvieren kann. Das kann eine Vollzeitstelle, aber auch nur eine Teilzeitstelle sein. Möglichkeit 2 – und hier ist man seit ca. 2 Jahren intensiv daran –: In der Region Leimental arbeiten die Gemeinden sehr eng zusammen. Sie helfen einander auch gegenseitig mit Knowhow weiter. Es gibt zudem den einen oder anderen Fall, wo sich eine einzelne Gemeinde einen Spezialisten nicht leisten oder ihn nicht auslasten kann. Auf der anderen Seite ist das Bedürfnis in mehreren Gemeinden vorhanden, also kann man gemeinsam jemanden anstellen bzw. jemanden anstellen, der anschliessend für verschiedene Gemeinden Dienstleistungen erbringt. Möglichkeit 3 wird hier erwähnt: Man sucht ganz spezifisch einen Spezialisten auf dem Markt, weil es punktuelle Leistungen sind oder weil es von der Komplexität her notwendig ist, dass das aktuelle Wissen herausgezogen werden kann.

Man könnte ja davon ausgehen, dass die Gemeinde Binningen einfach zu klein ist, zu wenig Mitarbeitende hat und aus diesem Grund externe Mandate vergibt. Man könnte auch sagen, die Gemeinde Binningen hat zu viel Arbeit und gibt daher Sachen raus. Der Gemeindepräsident hat sich bei der Stadt Basel erkundigt. Die Stadt Basel hat x-fach mehr Mitarbeitende als die Gemeinde Binningen. Aus diesem Grund müsste naheliegend sein, dass die Stadt Basel keine externen Mandate vergibt, weil sie alles in-house hat. Er kann den Anwesenden aber versichern, die Liste der Stadt Basel, was sie an externen Aufträgen vergibt, ist noch etwas länger als die der Gemeinde Binningen. Der Redner ist der Ansicht, eines sei jedem bewusst, der selbst berufstätig ist und mit Spezialisten arbeitet. Man kann sich das Wissen extern holen. Was man aber nicht extern vergeben kann, ist die Verantwortung. Auch wenn sich die Gemeinde von einem Spezialisten beraten lässt und dies nachher in ihre Arbeit, in ihre Projekte und Entscheidungen einbezieht, die Verantwortung trägt sie selbst. Es ist ein Balance-Akt. Es gibt Momente, wo es durchaus Sinn macht, dass man sich das Knowhow aneignet und im eigenen Haus aufbaut, unter Umständen sogar mit Partnern zusammen. Es gibt aber andere Momente, wo man einfach sagen muss, dass es angebracht und sinnvoll ist, dies extern zuzukaufen.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

Abschreibung: 31 JA / 6 NEIN (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird abgeschrieben.

Traktandum 5

Nr. 40

Interpellation St. Siegel, SVP: Meinungs- und Informationsfreiheit

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP weist darauf hin, dass der Gemeinderat die Interpellation schriftlich beantwortet hat. Die Antwort liegt vor, daher übergibt er das Wort direkt dem Interpellanten, der eine kurze Stellungnahme abgeben darf und eine Antwort auf die Frage, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist oder nicht und ob er Diskussion beantragt.

Interpellant Stephan Siegel, SVP würde gerne eine Antwort geben und eine Frage an den Gemeinderat stellen. Er beantragt daher Diskussion, weil er nicht ganz zufrieden ist mit der Beantwortung.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 35 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt. Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellant Stephan Siegel, SVP dankt dem Gemeinderat für die Erklärungen. Ungehinderte Meinungsäußerung im öffentlichen Raum, Ja, zu schützen lediglich vor staatlicher Behinderung. Wenn also eine Privatperson in diesen Saal kommt und mit Lärm die Ratsdebatte verhindert, ist dies kein Problem, weil es nicht der Staat ist. Er dankt auch für den Hinweis, dass die Plakatzerstörung nicht durch die Gemeinde stattfindet. Er hofft, dass der Gemeinderat nicht davon ausging, dass dies die Annahme seiner Fraktion war. Dass sich die Gemeinde lediglich für allfällige Beschädigungen der Plakatständer interessiert, findet er bedenklich. Es geht hier um die Behinderung von demokratischen Prozessen. Neudeutsch: Cancel Culture. Der Votant erwartet etwas mehr Interesse von allen. Im Moment geht es gegen seine Partei. Das mag einigen recht sein, da sie die Anliegen der SVP nicht teilen. Was ist, wenn sich das Blatt einmal wendet? Was ist, wenn es einmal gegen andere geht? Soll dies die demokratische Kultur ersetzen? Der Redner kommt zu seiner konkreten Frage zur Plakatierung, wie man das Problem lösen kann. Die Plakate werden von den Parteien der Gemeinde übergeben. Diese hat einen Vertrag mit der APG. Die Gemeinde übergibt die Plakate zur Plakatierung der APG. Dann werden sie abgerissen und zerstört. Was schlägt der Gemeinderat vor, wie man diese zeitnah ersetzen könnte? Z.B. der Gemeinde regelmässig, wöchentlich neue Plakate liefern, die dann von der APG neu aufgehängt werden?

Ralph Büchelin, SP möchte auch noch kurz etwas von der SP-Fraktion zu diesen Thema sagen. Die Beschädigungen von Abstimmungsplakaten sind ärgerlich, haben aber nichts mit Meinungsfreiheit zu tun,

wie dies der Gemeinderat in der Beantwortung der Interpellation auch geschrieben hat. Fakt ist, es werden Plakate von sämtlichen Parteien beschädigt. Also nicht nur von der SVP, sondern auch von der SP und von anderen Parteien. Es ist keine Partei davor gefeit. Das zeigt sich z.B. auch aktuell bei der Agrarinitiative. Was hier abgeht, ist aufs Übelste zu verurteilen. Für die Verfolgung dieser Straftaten sind Polizei und Justiz zuständig, was auch für Binningen zutrifft. Stephan Siegel fragt in der Interpellation u.a., was gegen die Zerstörung unternommen werden kann. Seine persönliche Idee wäre, man könnte die Plakate höher hängen. Es gibt die fest zugeteilten Standorte. Früher waren die Plakate an den Laternepfählen mit Kabelbinder in 1 oder 1,5 Meter Höhe angebracht. Da war es relativ einfach, sie umzustellen oder abzureissen. Das ist ein Vorteil der Plakatstellen, die von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Zerstörungen im öffentlichen Raum betreffen nicht nur Wahlplakate. Auch vor Kinderspielflächen wird nicht Halt gemacht. Es werden mutwillig Sachen zerstört. Total sinnlos. Sicher sind die Polizeikräfte bemüht, solche Vandalen-Akte zu verfolgen. Es wäre auch zu überlegen, ob die Polizeikontrollen spezifisch bei Abstimmungen intensiviert werden müssten. Eine gewisse Ratlosigkeit ist trotzdem da und man hofft, dass es nicht passiert.

Stephan Meyer, FDP bedankt sich namens der FDP beim Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung dieser Fragen. Sachbeschädigungen und Vandalismus sind ein Ärgernis und leider Realität. Aber die Gemeinde ist nicht dafür verantwortlich und kann daher auch keine Haftung übernehmen. Die Fraktion ist aber überzeugt, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit in Binningen gewährleistet sind. Die FDP nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats.

Marc Schinzel, FDP erklärt, sein Vorredner habe die Fraktionshaltung ausgedrückt. Dem ist natürlich so nichts hinzuzufügen. Es ist richtig, dass die Gemeinde nicht für die Zerstörungen verantwortlich ist. Ganz klar. Auch klar ist, dass man sich in Binningen zum Glück, und das ist richtig, frei äussern kann. Das soll so bleiben. Trotzdem ist er der Ansicht, und dies scheint ihm wichtig, dass man dem ganzen Thema nicht gleichgültig zuschauen sollte. Es ist einfach immer mehr feststellbar, dass die Leute das Gefühl haben, der oder die ist nicht meiner Meinung, also kann ich das Plakat herunterreissen. Diese Meinung hat keinen Raum bei uns. Dem müssen alle, die hier in diesem Gremium sind, entgegenreten. Das kann durchaus auch so aussehen, dass man einmal zu einem zerstörten Plakat hingeht – der Redner hat dies im Wahlkampf auch schon gemacht – und Plakate von anderen Parteien, die am Boden liegen wieder aufrichtet und vielleicht sogar mit einem Kabelbinder notdürftig repariert. Diesen Respekt muss man seiner Meinung nach einfach haben. Es dürfen in der politischen Diskussion auch harte Meinungen geäußert werden. Es ist auch an den Anwesenden, hier eine Vorbildfunktion einzunehmen und sich dort, wo sie es sehen dafür einzusetzen, dass achtsam mit politischen Kontrahenten umgegangen wird. Das findet der Redner ganz wichtig.

Sirin Hauri, Grüne hat eine Idee, was man vielleicht beitragen könnte, um gewissen Personen möglicherweise die Lust zu nehmen, die Plakate zu vandalisieren. Da die Ständer so früh plakatiert werden müssen, sind häufig Seiten der Stellwände frei. Wenn man dort weisse Flächen einrichten könnte, damit man seine Anmerkungen zu den Plakaten nicht auf den Plakaten sondern daneben annotieren könnte, würde dies vielleicht gewissen Personen die Möglichkeit geben, ihre Kreativität dort walten zu lassen und gleichzeitig ihre freie Meinung zu äussern.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte es ganz deutlich sagen: Es ist eine Schweinerei. Es ist in der heutigen Zeit, wo man so viele Möglichkeiten zur Kommunikation hat, ein extremes Zeichen von Schwäche. Er möchte alle auffordern, die Vandalismus an den Plakaten betreiben, sich für die nächsten Einwohnerratswahlen zu melden. Sie hätten hier im Rat bessere und direktere Möglichkeiten. Der Votant weiss auch aus eigener Erfahrung, dass es ganz unangenehm ist, wenn Plakate zerstört oder kreativ bis un kreativ verändert werden. Die Schwierigkeit besteht durchaus darin, dass man mit der heutigen Lösung der Plakatierung nicht mehr die gleiche Flexibilität hat wie früher. Wie es Marc Schinzel gesagt hat, wurde damals einfach ein frisches Plakat aufgehängt oder man hat versucht, das Plakat zu reparieren.

Die Gemeinde steht immer noch in Dialog mit den Parteien und es wird gemeinsam geschaut, wie man die optimale, die beste Lösung findet, die für alle stimmt. Vielleicht muss man dabei auch den Umstand des Vandalismus und der Zerstörung von aufgestellten Sachen mit auf den Weg nehmen. Der Votant findet, wenn während den Abstimmungen eine Patrouille durch die Gemeinde spazieren muss, um nachts und teilweise sogar am Tag die Plakate zu bewachen, dann stimmt irgendetwas mit unserem Staat nicht mehr. Man wird es nicht verhindern können. Man wird höchstens, und das sollte auch der Weg sein, entsprechende Reaktionen zeigen können. Er denkt nicht, dass die Anwesenden heute Abend die einzige Lösung dazu miteinander vereinbaren können. Aber man wird das Thema gerne miteinander studieren und Möglichkeiten prüfen, wenn an einem Ort etwas kaputt gegangen ist, wie man dies wieder in Stand stellen könnte, sodass niemand in seiner Meinung, die er mit einem Plakat kundgetan hat, benachteiligt wird.

Beantwortung der Anfrage

Anfrage B. Fankhauser, SVP: Sicherheit Pausenplatz Neusatzschulhaus

Nr. 58

1. *Entspricht der Pausenplatz den gesetzlichen Normen und wurde er offiziell abgenommen?*
Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne: Selbstverständlich Ja. Die Normen werden eingehalten und der Spielplatz wurde abgenommen.

Kann das Abnahmeprotokoll eingesehen werden?

Ja. Das Abnahmeprotokoll, immerhin 27 Seiten lang, kann auf Wunsch bei der Bauabteilung eingesehen werden.

2. *Wer haftet bei Unfällen während der Schulzeiten (Schule, Aufsichtsperson, Gemeinde, Eltern)?*
Wer für Unfälle während der Schulzeit haftet, hängt von den konkreten Umständen ab. Es kommt vor allem darauf an, wann, wo und weshalb sich ein Unfall ereignet. Verunfallt ein Schüler während der Unterrichtszeit, dann kann dies beispielsweise wegen unvorsichtigem Spielen passieren oder aber auch wegen eines Werkmangels. Wenn der neugestaltete Pausenplatz Mängel aufweist und dadurch nicht genug Sicherheit für den Gebrauch gewährleistet wird, dann haftet der Eigentümer des Werks, d. h. die Gemeinde, für den Schaden. Wird ein Schüler durch einen Dritten schuldhaft verletzt, dann haftet der Dritte für den Schaden nach den Regeln der unerlaubten Handlung. Dies ist im Obligationenrecht geregelt. Verunfallt ein Schüler, und hat dabei eine Lehrperson schuldhaft ihre Aufsichts- und Sorgfaltspflicht verletzt, dann haftet der öffentliche Schulträger, d.h. die Gemeinde, für den Schaden.

Wie ist Schulzeit definiert (Zeitraum vor erster und nach letzter Stunde)?

Als Schulzeit gelten die Stunden des Tages, an dem Schulunterricht stattfindet oder gesetzlich stattfinden darf. Die Unterrichtszeit wird definiert im Bildungsgesetz und in den entsprechenden Verordnungen dazu. Für Primarschulen gilt Folgendes: Der Unterricht beginnt am Morgen um 8 Uhr und endet um 12 Uhr im Rahmen der Blockzeiten. Am Nachmittag endet der Unterricht spätestens um 16.30 Uhr. Es gibt Abweichungen, die durch lokale Gegebenheiten bedingt sind. Vor allem in der 5. und 6. Klasse ist es möglich, dass der Primarschulrat den Vormittagsunterricht auf 5 Lektionen ausdehnen kann. Dann beginnt der Unterricht kurz vor 8 Uhr. Während der Unterrichtszeit hat die Schule bzw. die Lehrperson die Aufsichts- und Sorgfaltspflicht über die anvertrauten Schüler.

3. *Wer haftet bei Unfällen ausserhalb der Schulzeiten (Schule, Gemeinde, Eltern)?*

Auch hier kommt es auf die konkreten Umstände an. Verunfallt ein Schüler ausserhalb der Unterrichtszeit, dann kann das ebenfalls verschiedene Ursachen haben. Grundsätzlich ist es so, dass ausserhalb der Schulzeit, nach Schulschluss die Lehrpersonen keine Aufsichts- und Sorgfaltspflicht mehr für die Schüler haben. Deswegen haftet die Gemeinde dort nicht mehr. Im Fall von Werkmängeln und Dritteinwirkung gilt dasselbe wie die Votantin bei Frage 2 ausgeführt hat. Ausserdem ist es möglich, dass die Erzie-

hungsberechtigten haften, wenn ihre Kinder ausserhalb der Unterrichtszeit auf dem Schulareal verunfallen, oder wenn ihre Kinder nicht dort zur Schule gehen und trotzdem dort verunfallen.

4. *Wer ist schadenersatzpflichtig bei schweren oder gar tödlichen Unfällen?*

Bei schweren und tödlichen Unfällen verhält es sich bei der Haftungsfrage gleich wie bei leichten Unfällen. Die zuständige Gemeinderätin verweist auf die Antworten zu den Fragen 2 und 3. Sie erlaubt sich noch ein persönliches Statement dazu. Ihr Kind ging in einen Waldkindergarten. Dort gab es Bäume, Steine und Bäche. Die Bäume waren nicht eingepackt, die Steine nicht abgeschliffen und die Bäche nicht zugedeckt. Ab und zu ist etwas passiert, aber nichts Gravierendes. Die Votantin ist der Meinung, dass Kinder auf einem Spielplatz auch darauf trainiert werden sollen und lernen dürfen, wie sie in der freien Natur überleben.

Traktandum 6

Diversa

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP möchte unter Diversa noch auf drei Punkte zu sprechen kommen. Für den ersten Punkt muss er nochmals zu den Vorstössen zurück, die er am Anfang der Sitzung bekannt gegeben hat. Vizepräsident Sven Inäbnit hat ihn darauf hingewiesen, dass Vorstösse, die so knapp vor der Sitzung eingereicht werden, dass sie nicht mehr vervielfältigt werden können, vorgelesen werden müssen. Dies holt er selbstverständlich gerne nach. Es handelt sich dabei um das interfraktionelle Postulat der SP, Grünen/EVP und CVP/glp mit dem Titel: «Moderne und proaktive Kommunikation in der Gemeinde Binningen». Der Präsident verliest den Postulatstext.

Zudem möchte er mitteilen, dass das geschätzte Ratsmitglied Anina Weber dem Einwohnerratsbüro nach der letzten Sitzung ihren Rücktritt per Ende Juni eingereicht hat. Es ist heute also ihre zweitletzte Sitzung. Das ist bedauerlich. Der Grund ist, dass sie von Binningen wegzieht und damit das Recht verliert, Einwohnerrätin in unserer Gemeinde zu sein. Der Präsident freut sich aber, dass sie dem Rat noch eine Sitzung erhalten bleibt. Ihre Nachfolgerin wird Brigitte Strondl von der SP-Fraktion sein.

Die letzte Mitteilung hat der Votant den Fraktionspräsidien bereits mitgeteilt. Es sind vermutlich alle informiert. Weil es absehbar war, dass die heutige Sitzung nicht bis 22 Uhr dauern wird, kann davon profitiert werden, dass der Baselbieter wieder öffnen darf. Er macht für heute auf und der Präsident würde sich freuen, wenn möglichst viele der Anwesenden noch mitkommen würden, um ein Bier oder ein Glas Rotwein zu trinken. Natürlich gilt auch dort weiterhin das Corona-Schutzkonzept. Im Innenraum dürfen maximal 4 Personen an einem Tisch sitzen, im Aussenbereich maximal 6 Personen. Die Anwesenden müssen sich entsprechend aufteilen. Der Redner nimmt an, Herr Troger habe dies alles perfekt vorbereitet. Damit schliesst er die Sitzung um 20.55 Uhr. Die nächste Sitzung findet in vier Wochen, am 28. Juni 2021, um 19 Uhr statt.

ER-Sitzung vom 31. Mai 2021

			Gesch. Nr. 34	Gesch. Nr. 43		Gesch. Nr. 40
			01	02	03	04
Nr.	Name	Fraktion	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	Diskussion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
4	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
7	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Wölnerhanssen	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Jehle	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Weber	SP	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Alt	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frey	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Maier	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
29	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja
35	Fankhauser	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja
36	Keller	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja
38	Siegel	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja
39	Steffen	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
40	Widmer	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja

TOTAL

Ja	30	37	31	35
Nein	6	0	6	0
Enthaltungen	1	0	0	2
	37	37	37	37